

Anlage A1
Geplante Gesamtkosten der aktuellen Periode
(Kosten für die Administration der Einnahmeverteilung)

Die geplanten Gesamtkosten für die Administration der Einnahmeverteilung der Periode 2019 betragen 220 T€.

Die Höhe der Gesamtkosten wurde gemäß § 3 Abs. 3 des Tarifierungs- und Einnahmeverteilungsvertrages (TEV) vorab im Zuge der Wirtschaftsplanung der Baden-Württemberg-Tarif GmbH durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss 18-3 am 20.09.2018 überprüft und anschließend von der Geschäftsführung der Baden-Württemberg-Tarif GmbH festgelegt. Grundlage hierfür ist gemäß § 3 Abs. 4 TEV der voraussichtliche Bedarf, welcher im aktuellen Wirtschaftsplan abgebildet ist.

Anlage A2

Vertragsbedingungen für kleine Verkehrsunternehmen

Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hat in seiner Sitzung 17-1 am 14.12.2017 die Vertragsbedingungen des TEV für Verkehrsunternehmen mit begrenztem Einnahmenanteil im Baden-Württemberg-Tarif (kleine Verkehrsunternehmen) überprüft und entsprechend der nachfolgenden Regelungen als Konkretisierung beschlossen.

1. Schwellenwert

- 1.1 Der Schwellenwert gemäß § 6 Abs. 8 TEV beträgt 12.000 Euro p.a.
- 1.2 Die vorherige Überprüfung und bedarfsbezogene Anpassung des Schwellenwertes durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss liegt, entsprechend der Vorgabe aus § 6 Abs. 8 TEV, maximal drei Jahre zurück.

2. Kostenanteil an der Administration der Einnahmeverteilung

- 2.1 Auf der Grundlage des § 3 Abs. 5 TEV wird für kleine Verkehrsunternehmen der von diesen zu tragende Anteil an den Kosten der Administration der Einnahmeverteilung auf eine jährliche Grundpauschale von 500 Euro p.a. begrenzt.
- 2.2 Die Grundpauschale ist am dritten Werktag des Monats Januar eines jeden Jahres als Abschlagszahlung vollständig zur Zahlung fällig. § 3 Abs. 7, 8 und 9 TEV gelten entsprechend.
- 2.3 Abweichend hiervon wird, unter Berücksichtigung von § 3 Abs. 5 TEV, kleinen Verkehrsunternehmen mit einem Anteil an der gesamten Aufteilungsmasse gemäß § 4 Abs. 1 TEV von weniger als 1.000 Euro p.a. die Grundpauschale für das betreffende Jahr erlassen. Diese wird nach Abschluss der zugehörigen Jahresendabrechnung gemäß § 7 Abs. 2 rückwirkend erstattet.

3. Vereinfachter Prozess der Teilnahme an der Einnahmeverteilung

- 3.1 Für kleine Verkehrsunternehmen ist, entsprechend § 6 Abs. 9 TEV, als vereinfachter Prozess ein Verzicht auf die Teilnahme an der vorläufigen unterjährigen Einnahmeverteilung vorgesehen. Die betreffenden Verkehrsunternehmen nehmen nur an der Jahresabrechnung gemäß § 7 TEV teil.
- 3.2 Für die kleinen Verkehrsunternehmen kann die Geschäftsführung der Baden-Württemberg-Tarif GmbH, entsprechend § 7 Abs. 1 Satz 2 und auf entsprechenden Antrag hin, die Abgabe einer vorläufigen Jahresmeldung bis zum 31.03. des Folgejahres gestatten. Die testierten Jahresmeldungen sind dann durch diese Verkehrsunternehmen bis zum 30.06. des betreffenden Jahres nachzureichen.

Anlage A3

Vorlage für eine Abrechnung

Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hat in seiner Sitzung 17-1 am 14.12.2017 als Mindestbestandteile einer online bereitzustellenden Abrechnung folgende Inhalte festgelegt:

1 Abrechnung zum Ausgleich von Einnahmen und Ansprüchen der Verkehrsunternehmen (VU)

- Empfänger: VU (im TEV)
- Inhalte:
 - Anschreiben mit Ergebniszusammenfassung und Zahlungsanweisung
 - Abrechnung mit Details zum Einnahmeausgleich insgesamt, mit gemeldeten Fahrausweisverkäufen [Stückzahlen] und Bruttofahrgeldeinnahmen* je Fahrausweis und Preisstufe, Kasseneinnahmen, Einnahmenanspruch**, Provisionsanspruch, Gesamtanspruch, geleistete Abschlagszahlungen, Zahlungsaufforderungen bzw. Zahlungsansprüche und Saldo Einnahmenausgleich
 - Ausweisung der BC-Mindereinnahmen je VU (differenziert nach Rabattsatz)
 - Abrechnung auf Ebene Teilnetz (mit Angabe Nachfragewerte), Fahrscheinart
 - Relativer Anteil der Anschlussmobilität (Basis: Kasseneinnahmen brutto)
- Übergabeformate: PDF (Anschreiben und verbindliche Abrechnung) sowie Excel-Tabellen (vollständig)
- Turnus: monatlich und Jahresabrechnungen (Kumulation sowie Spitzabrechnung)

2 Abrechnung zum Ausgleich von Einnahmen und Ansprüchen der Verbünde

- Empfänger: Verbünde
- Inhalte:
 - Anschreiben mit Ergebniszusammenfassung und Zahlungsanweisung
 - Abrechnung mit Details zum Einnahmeausgleich insgesamt, mit gemeldeten Fahrausweisverkäufen [Stückzahlen] und Bruttofahrgeldeinnahmen* je Fahrausweis und Preisstufe, Einnahmenanspruch**, Provisionsanspruch, Gesamtanspruch, geleistete Abschlagszahlungen, Zahlungsaufforderungen bzw. Zahlungsansprüche und Saldo Einnahmenausgleich
 - Ausweisung BC-Mindereinnahmen je Verbund (differenziert nach Rabattsatz)
 - Abrechnung auf der Ebene Tarifgebiet und Fahrscheinart
- Übergabeformate: PDF (Anschreiben und verbindliche Abrechnung) sowie Excel-Tabellen (vollständig)
- Turnus: monatlich und Jahresabrechnungen (Kumulation sowie Spitzabrechnung)

3 Abrechnung von Provisionen für lizenzierte Vertriebsdienstleister

- Empfänger: Lizenzierte Vertriebsdienstleister
- Inhalte:
 - Anschreiben und Zusammenfassung der Einnahmenmeldungen und Provisionsansprüche
 - Abrechnung mit Details zum Einnahmeausgleich (Provisionsabrechnung), mit gemeldeten Fahrausweisverkäufen [Stückzahlen] und Bruttofahrgeldeinnahmen* je Fahrausweis und Preisstufe, Kasseneinnahmen, Provisionsansprüchen, Gesamtanspruch, geleistete Abschlagszahlungen, Zahlungsaufforderungen bzw. Zahlungsansprüche und Saldo Einnahmenausgleich
 - Abrechnung auf der Ebene Fahrscheinart
- Übergabeformate: PDF (Anschreiben und verbindliche Abrechnung) sowie Excel-Tabellen (vollständig)
- Turnus: monatlich und Jahresabrechnungen (Kumulation sowie Spitzabrechnung)

* nach Abzug Stornierungen

** nach Abzug Provisionsansprüche

Anlage A4

Vorlage für einen Lagebericht

Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hat in seiner Sitzung 17-1 am 14.12.2017 als Mindestbestandteile eines Lageberichtes folgende Inhalte festgelegt:

- Empfänger: Verkehrsunternehmen und Aufgabenträgersgesellschaften
- Inhalte:
 - Verkaufte Fahrausweise (Stückzahlen) und Bruttofahrgeldeinnahmen je VU*, Teilnetz und Fahrausweisart
 - aus Stückzahlen abgeleitetes Verkehrsaufkommen je Teilnetz und Fahrausweisart (mit Ausweisung der Eckwerte Tarif- und Linienbeförderungsfälle)
 - aus Stückzahlen abgeleitete Verkehrsleistung je Teilnetz und Fahrausweisart
 - aus Stückzahlen abgeleitetes Verkehrsaufkommen je Tarifgebiet und Fahrausweisart
- Übergabeformate: PDF und Excel-Tabellen
- Turnus: Quartal und Jahresaufstellungen (Kumulation)
- Betrachteter Zeitraum: kumulierte Werte des Jahres (bei Quartalsberichten, mit Darstellungen je Verkaufsmonat) sowie Vergleichswerte der letzten 5 Jahre (bei Jahresaufstellungen)

* nach Abzug Stornierungen

Anlage A5

Standardisierte Widerspruchsvorlage

Die Baden-Württemberg-Tarif GmbH (Gesellschaft) gibt für Widersprüche gemäß § 10 Abs. 2 Nr. a TEV die Nutzung der hier vorliegenden standardisierten Widerspruchsvorlage im BW-Tarif Onlineportal vor. Diese ist einem etwaigen Widerspruch gemäß § 10 Abs. 2 Nr. a TEV vollständig ausgefüllt beizufügen. Ein Widerspruch mit einer unvollständig ausgefüllten Widerspruchsvorlage wird durch die Gesellschaft nicht anerkannt. Alle übrigen, in der Widerspruchsvorlage nicht angeführten Teile der betroffenen Abrechnung gelten gemäß § 10 Abs. 2 Nr. c TEV automatisch als genehmigt. Der Widerspruch ist gemäß § 10 Abs. 2 Nr. a TEV innerhalb von vier Wochen nach dem Zugang der Monatsabrechnung bzw. dem Zugang der Jahresendabrechnung schriftlich zu erklären. § 10 Abs. 2 Nr. e TEV ist zu beachten. Im Übrigen gelten hinsichtlich des Widerspruchsverfahrens die Regelungen gemäß § 10 TEV.

Allgemeine Angaben			
Verkehrsunternehmen <i>[Name Verkehrsunternehmen]</i>			
Ansprechpartner <i>[Vor- und Zuname]</i>			
E-Mail Kontakt <i>[Mailadresse Ansprechpartner]</i>			
Telefonkontakt <i>[Telefonnummer Ansprechpartner]</i>			
Abrechnung, gegen die Widerspruch eingelegt wird <i>[z.B. Monatsabrechnung Juli 2021]</i>			
Eingrenzung der mit dem Widerspruch belegten Teile der Abrechnung			
Nr.	Betroffener Teil der Abrechnung	Beschreibung der Fehlerhaftigkeit	Begründung*
0	<i>[Welcher Teil der Abrechnung betrifft den Widerspruch? Z.B. Absatz, Nr.]</i>	<i>[Wo und inwiefern ist der betroffene Teil nicht korrekt abgerechnet?]</i>	<i>[Warum ist der betroffene Teil nicht korrekt abgerechnet? Welche Nachweise belegen eine fehlerhafte Abrechnung?]</i>
1			
2			
3			
...			

*Begründung gemäß § 10 Abs. 2 Nr. c TEV einschließlich betroffener Bruttofahrgeldeinnahmen, Fahrausweisarten, Preisstufen, Vertriebswege und Zeiträume.

Anlage A6

Vertraulichkeitsverpflichtung für die Beschäftigten der Gesellschaft

Diese Erklärung fixiert die Regeln zur Sicherheit und Vertraulichkeit für die Beschäftigten der Baden-Württemberg-Tarif GmbH (Gesellschaft). Es gehört zur Verantwortung jedes einzelnen Beschäftigten, diese Regeln einzuhalten.

Grundsätzlich sind alle seitens des Beschäftigten im Zuge des Beschäftigungsverhältnisses bei der Baden-Württemberg-Tarif GmbH erlangten Daten und Informationen vertraulich. Dies schließt Zahlen oder Informationen auf Papier, Daten auf einer Festplatte oder einem anderen Speichermedium sowie anderweitige elektronische Daten und Informationen aber auch das gesprochene Wort am Telefon oder in einer persönlichen Unterhaltung ein.

Sensible Daten und Informationen, wie Einnahmemeldungen und Vertriebsdaten sowie Abrechnungsdaten, sind besonders vertraulich zu behandeln. Sie gelten als besondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und dürfen gegenüber Dritten (einschließlich anderer Verkehrsunternehmen und deren Beauftragten) nicht ohne vorherige Zustimmung der Geschäftsführung der Gesellschaft offen gelegt oder anderweitig zugänglich gemacht werden.

Es ist dem Beschäftigten ferner bekannt, dass es gemäß § 5 BDSG den bei der Datenverarbeitung beschäftigten Personen untersagt ist, personenbezogene Daten unbefugt zu erheben, zu verarbeiten oder zu nutzen (Datengeheimnis).

Die vorliegenden Regeln gelten im beruflichen Kontext überall, sowohl am Schreibtisch im übrigen Büro, als auch auf Terminen, Dienstreisen und im Home Office. Die Regeln gelten auch im Privatleben und in der Öffentlichkeit einschließlich Transportmittel. Diese Regeln gelten immer, während der Arbeitszeit, in der Freizeit und auch nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses bei der Gesellschaft. Sie sind von allen Beschäftigten der Gesellschaft uneingeschränkt anzuwenden. Verstöße können zu Abmahnungen führen, in schweren Fällen sogar zur sofortigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

Diese Regeln sind eine Anlage zum Arbeitsvertrag und ergänzungs- und anpassungsfähig.

Ich bestätige, dass ich über die Verpflichtung zur Wahrung der Vertraulichkeit über die Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen aller Beteiligten (Körperschaften, Institutionen und Unternehmen) entsprechend der obigen Regelungen aufgeklärt worden bin. Eine Kopie der von mir unterzeichneten Erklärung wurde mir ausgehändigt.

....., den

.....

Unterschrift des Beschäftigten

Anlage A7
Geplante Gesamtkosten für die ersten drei Geschäftsjahre
nach dem marktseitigen Start

Die geplanten Gesamtkosten für die Jahre 2019 bis 2021 werden in der nachfolgenden Tabelle dargestellt. Grundlage hierfür sind gemäß § 3 Abs. 3 TEV der am 22.03.2018 von der der Baden-Württemberg-Tarif GmbH beschlossene angepasste Wirtschaftsplan des ersten Geschäftsjahres und die vorausschauende Planung für den darauffolgenden Dreijahreszeitraum auf Basis des am 13.09.2018 beschlossenen Wirtschaftsplanes für das Jahr 2019.

Geplante Gesamtkosten						
Jahr		2018	2019	2020	2021	
Kosten (in T €)		7	220	220	220	

Anlage A8

Fristenübersicht zum Baden-Württemberg Tarif im Jahresverlauf

Reguläre Fristen gemäß § 6, 7 und 8 TEV (Planfristen)

Folgende reguläre Fristen wurden im BWTA 18-3 am 20.09.2018 bestätigt:

Nr	Was?	Bis wann?	Wer zuständig?	Quelle	§
A	EA-Monatsabrechnung				
1	Monatsmeldung	Monatsablauf + 2 Wochen	VU des TEV	TEV	6
2	Monatsabrechnung	Monatsablauf + 4 Wochen	Gesellschaft	TEV	6
3	Ausgleichszahlung	Monatsablauf + 6 Wochen	VU des TEV	TEV	6
B	Lagebericht				
1	Lagebericht	BWTA Folgequartal	Gesellschaft	TEV	8
C	EA-Jahresabrechnung				
1	Monatsmeldung Dez (=Vorl. Jahresmeldung)	Vorjahresende + 2 Wochen	VU des TEV	TEV	7
2	Monatsabrechnung Dez	Vorjahresende + 4 Wochen	Gesellschaft	TEV	7
3	Jahressummenwerte/ Plausibilitätscheck	Vorjahresende + 4 Wochen	Gesellschaft	TEV	7
4	Korrekturmeldung	31.03.	VU des TEV	TEV	7
5	Testierte Jahresmeldung	31.03.	VU des TEV	TEV	7
6	Vorläufige Jahresmel- dung (kleine VU)	31.03.	Kleine VU des TEV	TEV	7
7	Vorläufige Jahresabrech- nung	10.05.	Gesellschaft	TEV	7
8	Korrekturmeldung	30.06.	VU des TEV	TEV	7
9	Testierte Jahresmeldung (kleine VU)	30.06.	Kleine VU des TEV	TEV	7
10	Jahresendabrechnung	31.07.	Gesellschaft	TEV	7
11	Ausgleichszahlung	31.07. + 2 Wochen	VU des TEV	TEV	7
12	WP-Testierung Jahres- endabrechnung	30.09.	Gesellschaft	TEV	7
D	Abrechnung EA-Admin				
1	Publizierung Kosten EA- Administration	15.10. für Folgejahr	Gesellschaft	TEV	3
2	Jahresabrechnung + Testat	30.09. für Vorjahr	Gesellschaft	TEV	3

Anlage A9

Schwellenwerte Kategorisierung Bruttofahrgeldeinnahmen mit fehlender Zuordnung

Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hat in seiner Sitzung 18-1 am 15.03.2018 die Schwellenwerte gemäß § 4 Abs. 3 des TEV überprüft und entsprechend der nachfolgenden Regelungen als Konkretisierung beschlossen.

Ab einem Schwellenwert von Bruttofahrgeldeinnahmen von 1.000 Euro p.a. ist die Zustimmung des Facharbeitskreises Tarif/EAV erforderlich. Ab einem Schwellenwert von Bruttofahrgeldeinnahmen von 10.000 Euro ist zusätzlich die Zustimmung des BWTA erforderlich. Zum Einnahmenanteil Anschlussmobilität erfolgt durch die Gesellschaft vorab auch eine Abstimmung mit den jeweils betroffenen Verbänden.

Anlage A10

Zustimmungserfordernis Kombitickets

Gemäß § 2 Abs. 2 des TEV hat die Gesellschaft für die TEV-Verkehrsunternehmen die Verhandlungen über die Bildung von etwaigen Übergangs-, Kragen und Anerkennungstarifen sowie Kombitickets zu führen. Sie hat die zugehörigen Verträge bzw. etwaige Anpassungen auch für die Verkehrsunternehmen zu unterzeichnen. Hierzu hat der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss in seiner Sitzung 18-2 am 07.06.2018 sein Zustimmungserfordernis überprüft und entsprechend der nachfolgenden Regelungen als Konkretisierung beschlossen.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist grundsätzlich zur eigenständigen Zeichnung von Neuabschlüssen sowie von Anpassungen der o.g. Verträge berechtigt. Voraussetzung ist die vollständige Beachtung der Regelungen des TEV einschließlich seiner Anlagen und dieser Anlage A10 sowie die zugehörige Information der TEV-Verkehrsunternehmen über die Mitglieder des Facharbeitskreises Tarif/EAV in dessen auf die Unterzeichnung folgenden Sitzungstermin.

Ab einem vorab durch die Gesellschaft plausibel abgeschätzten Schwellenwert von Brutto-fahrgeldeinnahmen je zusätzlich anzubietendem Tarifprodukt von 50.000 Euro p.a. ist die Zustimmung des Facharbeitskreises Tarif/EAV erforderlich. Zum Einnahmenanteil Anschlussmobilität erfolgt durch die Gesellschaft ab diesem Schwellenwert vorab auch eine Abstimmung mit den jeweils betroffenen Verbünden. Ab einem Schwellenwert von Brutto-fahrgeldeinnahmen von mindestens 500.000 Euro p.a. ist zusätzlich die Zustimmung des BWTA erforderlich. In allen anderen Fällen gilt die vorherige Zustimmung des Facharbeitskreises Tarif/EAV sowie des BWTA jeweils als erteilt.

Die Angemessenheit der Schwellenwerte soll spätestens alle drei Jahre durch die Geschäftsführung der Gesellschaft überprüft und etwaige mit dem Facharbeitskreis Tarif/EAV abgestimmte Änderungsvorschläge dem BWTA zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Anlage A11

Prozessvorgaben der Baden-Württemberg-Tarif GmbH zur Weiterleitung von Beschwerden

Im Baden-Württemberg-Tarif (BW-Tarif) sind die Verkehrsunternehmen gemäß § 2 Abs. 3 des Tarifierungs- und Einnahmevertrags (TEV) und die Verkehrsverbünde gemäß § 7 Abs. 3 des Vertrags zur Anschlussmobilität (VAM) zur Weiterleitung von Beschwerden zum BW-Tarif an die Baden-Württemberg-Tarif GmbH (Gesellschaft) verpflichtet. Hierzu hat die Baden-Württemberg-Tarif GmbH Prozessvorgaben zur Weiterleitung von Beschwerden erarbeitet, welche am 15.03.2018 vom BWTa 18-1 zur Kenntnis genommen wurden. Diese Prozessvorgaben waren als Informatorische Anlage auch Bestandteil des am 12.07.2018 verbundseitig gezeichneten VAM.

Wesentlicher Gegenstand der nachfolgenden Prozessvorgaben zur Weiterleitung von Beschwerden ist die Verwendung einheitlicher Erfassungs- und Auswertungssystematiken für Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde und Gesellschaft. Diese sollen in der Gesamtbetrachtung einen möglichst aufwandsarmen Prozess erlauben. Zusätzlich soll eine zügige Auswertung und eine offensive Nutzung der Beschwerden zur Weiterentwicklung des BW-Tarifs genutzt werden, sowohl verbundüberschreitend als auch im Bereich der Anschlussmobilität. Die Erfassung von Beschwerden soll an möglichst allen Kundenschnittstellen zum BW-Tarif erfolgen.

Zur Prozesserleichterung soll durch die Gesellschaft bis zum marktseitigen Start des BW-Tarifs ein einfach nutzbares Webtool bereitgestellt werden. Bei der Ausgestaltung sollen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Erfassertools zeitgemäß, aufwandsarm
 - Zügige Kommunikation via Webinterface
 - Intuitiv verständlich und selbsterklärend
 - Nutzbar an jedem Desktop-Arbeitsplatz
 - Flexibel für alle BW-Tarif Beschwerden
 - Nutzbar für die Hotline zum BW-Tarif, Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde
- Auswertetool aufwandsoptimal für Gesellschaft
 - Wenig Rücksprachebedarf mit Erfasser
 - Automatisierte Standardauswertungen
 - Ergänzende Auswertungen möglich
- Auswertungen für Gesellschaft, Verkehrsunternehmen, Verkehrsverbünde
 - Zügige Auswertungen (quartalsweise)
 - Bei Bedarf: Vertraulich je Verkehrsunternehmen bzw. Verkehrsverbund

Das Webinterface soll den Dialog mit dem Hinweisgeber unterstützen und eine zügige Erfassung ermöglichen. Hierzu gehört die Aufnahme des Beschwerdeinhaltes (soweit geäußert):

- Gegenstand (Pflichtfelder)
 - Allgemein: zu teuer, zu kompliziert...
 - Spezifisch: Tarif, Vertrieb, Kommunikation
- Tarif
 - Ticketart: Einzelfahrkarte, BW-Ticket, ...
 - Relation von ... nach ...
 - Gegenstand: zu teuer, zu kompliziert ...
- Vertrieb:
 - Vertriebskanal: Automat, Webshop, ...
 - Vertriebsort: DB Stuttgart Hbf., E-VertriebX
- Kommunikation
 - Kommunikationskanal: Hotline, WebsiteY
 - Kommunikationsort: ...
- Jeweils: Zuzüglich Freie Textfelder

Zusätzlich ist der Ausgangspunkt des Hinweises bzw. der Beschwerde aufzunehmen:

- Hinweisgeber (Pflichtfeld): Neu-/Gelegenheits-/Stammkunde, EVU-MA, ...
- Antwort gewünscht (Pflichtfeld): Nein/Ja (Kontaktdaten)
- Automatische Ergänzung (Pflichtfeld)
 - Aufnahme durch MA Z bei Hotline A, Verbund B, EVU C, AT D
 - Aufnahmedatum und Uhrzeit
- Jeweils: Zuzüglich Freie Textfelder

Alternativ zum von der Gesellschaft bereitgestellten Webtool können Beschwerden zum Baden-Württemberg-Tarif auch anderweitig auf von der Gesellschaft hierzu bereitgestellten elektronischen Wegen (einschließlich E-Mail) unter Angabe des Hinweisgebers bzw. Beschwerdeführers, einer Antwortmöglichkeit und des aufnehmenden Absenders an die Gesellschaft übermittelt werden.

Anlage A12

Antrag zur Einzelgenehmigung eines vom TEV abweichenden Geschäftsjahres

Gemäß § 7 Abs. 1 des Tarifierungs- und Einnahmevertrages (TEV) können Verkehrsunternehmen, welche ein vom Kalenderjahr abweichendes Geschäftsjahr haben, auf Antrag gegenüber der Baden-Württemberg-Tarif GmbH (Gesellschaft) und nach Beschluss durch den Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss (BWTA) die Testierung ihrer Jahresmeldung innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf ihres Geschäftsjahres genehmigt werden. Im Vorwege der Jahresmeldungen der Verkehrsunternehmen übermittelt die Gesellschaft, zusammen mit der Monatsabrechnung Dezember, je Verkehrsunternehmen die sich auf Basis der Summe der Monatsmeldungen ergebenden Jahressummenwerte des zurückliegenden Kalenderjahres an die Verkehrsunternehmen. Die Gesellschaft nimmt hierbei auch Stellung zur Plausibilität. Die Verkehrsunternehmen melden anschließend bis zum 31.03. eines jeden Jahres etwaige Korrekturmeldungen nach. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass etwaiger gemäß § 7 Abs. 2 TEV nach dem 31.07. des betreffenden Jahres auftretender Korrekturbedarf erst mit der Jahresendabrechnung des Folgejahres verrechnet wird.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gegenüber der Baden-Württemberg-Tarif GmbH den Antrag auf dauerhafte Genehmigung einer verzögerten Testierung unserer Jahresmeldung innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf unseres u.g. Geschäftsjahres. Im Falle einer Veränderung unseres u.g. Geschäftsjahres verpflichten wir uns, die Gesellschaft hierüber unverzüglich zu informieren und rechtzeitig vor Ablauf des angepassten Geschäftsjahres einen aktualisierten Antrag zur Einzelgenehmigung eines vom TEV abweichenden Geschäftsjahres bei der Gesellschaft zu stellen.

Beantragendes Verkehrsunternehmen:

Geschäftsjahr des Verkehrsunternehmens vom bis zum eines Jahres.

....., den

Ort Datum Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Entsprechend BWTA-Beschluss vom wird die Genehmigung hiermit erteilt.

....., den

Ort Datum Geschäftsführung Baden-Württemberg-Tarif GmbH

Anlage A13

Betriebswirtschaftliche Prüfung der Angaben zu den Bruttofahrgeldeinnahmen

Bescheinigung über eine unabhängige betriebswirtschaftliche Prüfung der Angaben zu den Bruttofahrgeldeinnahmen des Unternehmens [Name] (nachfolgend Unternehmen) aus dem Verkauf von Fahrausweisen zum Baden-Württemberg-Tarif für den Zeitraum 01. Januar bis 31. Dezember [JJJJ] (Geschäftsjahr) gemäß § 7 Abs. 1 des Tarifierungs- und Einnahmevertrages (TEV).

Die Prüfung wurde durch [Name Wirtschaftsprüfer] vom [TT.MM.JJJJ] bis [TT.MM.JJJJ] in [Örtlichkeit ergänzen] durchgeführt.

Grundlagen

Das Unternehmen ist gemäß § 7 Abs. 1 des Tarifierungs- und Einnahmevertrages (TEV) dazu verpflichtet, sich „die im zurückliegenden Kalenderjahr insgesamt im Sinne der Aufteilungsmasse erzielten Bruttofahrgeldeinnahmen nebst der im Vorwegabzug zur Anrechnung gebrachten Vertriebsprovisionen von den Verkehrsunternehmen auf eigene Kosten durch ihre Abschlussprüferin bzw. durch ihren Abschlussprüfer testieren zu lassen und bis zum 31.03. des Folgejahres an die Gesellschaft auf elektronischem Wege als endgültige Jahresmeldung entsprechend der in der EAV-Durchführungsrichtlinie beschriebenen Vertriebsdatenschnittstelle zuzüglich Testat zu melden“. Hierzu hat die Baden-Württemberg-Tarif GmbH diese Prozessvorlage erarbeitet, welche am [TT.MM.JJJJ] vom BWTA [JJ-Nr.] freigegeben wurde. Für die Abgrenzung der Aufteilungsmasse wird auf § 4 TEV verwiesen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter

Die Ermittlung der in der Anlage beigefügten Jahresabrechnung wiedergegebenen Abrechnung zum Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit § 4, 6 und 7 TEV liegt alleine in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Unternehmens. Diese Verantwortung umfasst neben der rechtlichen Beurteilung des Sachverhalts auch Konzeption, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit es für die ordnungsgemäße Erfassung und Aufzeichnung der nach dem Baden-Württemberg-Tarif ausgegebenen Fahrausweise, der hieraus erlangten Bruttofahrgeldeinnahmen und der Ermittlung der Berechnungsgrundlage der Vorabzuscheidungen und Vorwegabzüge von Bedeutung ist.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Die Aufgabe des Wirtschaftsprüfers ist es, auf der Grundlage der von ihm durchgeführten unabhängigen betriebswirtschaftlichen Prüfung eine Beurteilung darüber abzugeben, ob die in der Anlage zu dieser Bescheinigung dargestellten Angaben des Unternehmens in

Übereinstimmung mit § 4, 6 und 7 TEV in Verbindung mit den TEV-Anlagen ermittelt wurden. Nicht Gegenstand des Auftrags ist die erneute oder über die Zwecke der Jahresabschlussprüfung hinausgehende Beurteilung der Umsatzerlöse, die in die Angaben eingeflossen sind.

Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Wirtschaftsprüfers. Dies schließt die Beurteilung des Risikos wesentlicher Fehler in der Ermittlung der Angaben von Anzahl und Fahrausweisgattung von nach dem Baden-Württemberg-Tarif verkauften Fahrausweisen sowie der Höhe der zugehörigen Bruttofahrgeldeinnahmen und die Ermittlung der Berechnungsgrundlage etwaiger zugehöriger Vorwegabzüge mit ein. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das rechtliche und wirtschaftliche Umfeld des Unternehmens insoweit berücksichtigt, als dies für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages erforderlich ist. Im Rahmen der unabhängigen betriebswirtschaftlichen Prüfung sind die vorgelegten Nachweise über die Angaben der Gesellschaft im Hinblick auf § 4, 6 und 7 TEV einschließlich TEV-Anlagen überwiegend auf der Basis von Stichproben durch Belegprüfung, durch Plausibilitätsuntersuchungen und durch rechnerische Kontrollen beurteilt worden.

In der durchgeführten Prüfung wurde unter anderem geprüft, ob:

- die von dem Unternehmen verkauften Fahrausweise ordnungsgemäß erfasst und weiterverarbeitet wurden,
- der Typ und die Fahrausweisgattung der verkauften Fahrausweise und die dazugehörigen Bruttofahrgeldeinnahmen sowie etwaige zugehörige Vorwegabzüge richtig aus den EDV-Systemen zur Weiterverarbeitung in die Einnahmenmeldung übernommen wurden,
- die Aggregation der Daten ordnungsgemäß durchgeführt wurde,
- die manuellen Ergänzungen mit den vorgelegten Unterlagen richtig und vollständig in die weiterverarbeitenden EDV-Systeme eingeben worden sind und
- die rechnerische Richtigkeit der Einnahmenmeldung gegeben ist.

Als Nachweis der Prüfung dienten u. a. die folgenden, von dem Unternehmen vorgelegten Unterlagen:

- Tarifierungs- und Einnahmeverteilungvertrag (TEV) für den Baden-Württemberg-Tarif zwischen den Verkehrsunternehmen und der Baden-Württemberg-Tarif GmbH vom 6. November 2017 einschließlich der zugehörigen Anlagen im aktuellen Stand
- [relevante unternehmensspezifische Vereinbarungen und Unterlagen],
- monatliche Einnahmenmeldungen für den Baden-Württemberg-Tarif gemäß § 4 und 6 TEV für das Geschäftsjahr, ggf. einschließlich entsprechender Anlagen,
- monatliche EDV-Auswertungen und EDV-Verkaufslisten für das Geschäftsjahr,

- verschiedene Zusammenstellungen von einzelnen Einnahmenarten und zurückgenommenen Fahrausweisen für das Geschäftsjahr,
- Kontenausdrucke/-unterlagen und Buchungsunterlagen für das Geschäftsjahr - sofern die Ausweisung der Bruttofahrgeldeinnahmen nicht allein auf Basis der Daten des Vertriebssystems erfolgt

Die erlangten Prüfungsnachweise sind ausreichend und angemessen, um als Grundlage für das Prüfungsurteil zu dienen.

Urteil der Prüfung

Nach Beurteilung des Wirtschaftsprüfers sind die in der beigefügten Anlage dargestellten Angaben zu den Bruttofahrgeldeinnahmen des Unternehmens aus dem Verkauf von Fahrausweisen nach dem Baden-Württemberg-Tarif für das Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit § 4, 6 und 7 TEV 2017 einschließlich der zugehörigen Anlagen korrekt ermittelt. Die in der dieser Bescheinigung beigefügten Anlage dargestellte Abrechnung entspricht den im TEV § 4, 6 und 7 einschließlich Anlagen aufgeführten Anforderungen an die Abrechnung. Die in der Anlage zu dieser Bescheinigung gelisteten Bruttofahrgeldeinnahmen werden hiermit bestätigt.

....., den

Ort	Datum	Unterschrift(en) Wirtschaftsprüfer
-----	-------	------------------------------------

Anlage A14

Handreichung Umsatzsteuer

Die BW-Tarif GmbH ist gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 2-4 zur Einnahmenaufteilungsrechnung inkl. des Ausweises der getrennten Stückzahlen verkaufter Fahrausweise sowie zugehöriger Brutto-fahrgeldeinnahmen (einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer) für etwaige Anträge auf Gewährung eines Ausgleiches entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen beauftragt.

Die Versteuerung obliegt gemäß § 5 Abs. 2 TEV den Verkehrsunternehmen. Dies schließt die Zuordnung der Umsatzsteuersätze zu den Preisstufen mit ein. Hierfür hat die BW-Tarif GmbH gemäß § 5 Abs. 2 TEV diese Handreichung erstellt, welche bedarfsbezogen fortgeschrieben werden kann. Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hat diese in seiner Sitzung 18-3 am 20.09.2018 überprüft und freigegeben.

Verfahren Umsatzsteuerausweis für die Verkehrsunternehmen

Das Verfahren zum Ausweis der Mehrwertsteuer für die Verkehrsunternehmen kann in drei Schritten erfolgen:

1. Bei Relationsfahrausweisen ist Start- und Zielbahnhof sowie der Weg dazwischen bekannt. Über die EA-Software kann somit der jeweilige Streckenanteil des Fahrscheins je Verkehrsunternehmen ermittelt werden. Daraus ergibt sich bei Nutzung des Fahrausweises je EVU unter 50 km ein Mehrwertsteuersatz von 7 % und bei einer Nutzung von über 50 km ein Mehrwertsteuersatz von 19 % je Fahrschein.
2. Bei Pauschalpreistickets wird über Zählung und Befragung (Erhebung) herausgefunden, über welche Distanz der Fahrgast das Ticket beim jeweiligen Verkehrsunternehmen genutzt hat. Nun werden Summen für die erhobenen PKM für Distanzen unter 50 km und erhobene PKM für Distanzen über 50 km ermittelt werden.
3. Aus den Ergebnissen für Relationsfahrausweise sowie Pauschalpreistickets kann ein unternehmensindividueller Mehrwertsteuermischsatz ermittelt werden, welcher dann vom jeweiligen EVU verwendet werden kann.

Verfahren Umsatzsteuerausweis für Fahrgäste

[noch zu definieren]

Anlage A15

Anpassung der TEV-Anlagen B (Informatorische Anlagen)

Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss ist zum BW-Tarif mit der Weiterentwicklung der Themen Tarif/EAV, Vertrieb, Kommunikation sowie technische Infrastruktur befasst, deren aktueller Stand in den TEV-Anlagen B (Informatorische Anlagen) fixiert ist (vgl. auch § 1 Abs. 5 Satz 3 TEV).

Der Baden-Württemberg-Tarif-Ausschuss hat in seiner Sitzung 18-3 am 20.09.2018 den Prozess seiner eigenen Beschlussfassung zur Fortschreibung der dort benannten Dokumente überprüft und, entsprechend der nachfolgenden Regelungen, eine Konkretisierung beschlossen.

Relevanz der Änderung	Beispiele	Beteiligung jew. zuständiger FAK	Beteiligung BWTA
1. Inhaltliche Anpassung von Richtlinien/ Konzepten* sowie Anpassungen anderer Art ohne einstimmige FAK-Empfehlung	Anpassung Tarifgebietsgrenzen Anpassung der MWSt.-Ausweisung	Reguläre Beteiligung gemäß GO BWTA (kann bei Eilbedürftigkeit oder unmittelbar den BWTA-Level betreffenden Themen entfallen)	Entscheidung gemäß GO BWTA
2. Inhaltliche Anpassung von Anlagen bzw. Anhängen der oben unter Nr. 1 benannten Richtlinien/Konzepte	Update Umtausch-/ Erstattungsregeln	Reguläre Beteiligung gemäß GO BWTA	Zustimmung BWTA gilt als erteilt, wenn nicht binnen zwei Wochen nach elektronischer Information der BWTA-Mitglieder durch Geschäftsstelle ein Widerspruch von einem BWTA-Mitglied eingegangen ist.

Relevanz der Änderung	Beispiele	Beteiligung jew. zuständiger FAK	Beteiligung BWTA
3. Redaktionelle/ prozessuale Anpassungen	Update der Tarif- und Vertriebsdatenschnittstelle	Zustimmung FAK gilt als erteilt, wenn nicht binnen einer Woche nach elektronischer Information der FAK-Mitglieder durch Geschäftsstelle ein Widerspruch von einem FAK-Mitglied eingegangen ist.	Keine Zustimmung nötig (gilt als erteilt)

*: Zu diesen Richtlinien/Konzepten gehören insbesondere das Tarifkonzept, die EAV-Durchführungsrichtlinien, das Vertriebskonzept einschließlich technischem Konzept und Lizenzierungsvertrag E-Ticket, die Kommunikationsrichtlinie, die Durchführungsrichtlinie zur Marktforschung, das Organisationskonzept, der Vertrag zur Anschlussmobilität sowie sonstige unter TEV-Anlagen B benannte Kooperationsverträge.

Die Einordnung zur Relevanz der Änderung nach Nr. 1, Nr. 2 oder Nr. 3 wird von der Geschäftsstelle der BW-Tarif GmbH nach pflichtgemäßem Ermessen vorgenommen. Nicht dem jeweils zuständigen FAK bzw. dem BWTA vorgelegte Änderungen werden den Mitgliedern des jeweils zuständigen Gremiums durch die Geschäftsstelle gebündelt spätestens bis zum Ende des laufenden Geschäftsjahres zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Anlage A16

Erklärung Verkehrsunternehmen (ÖPNV) zum Beitritt zum TEV

Gemäß § 13 Abs. 1 des Tarifierungs- und Einnahmevertrages für den Baden-Württemberg-Tarif (TEV) haben Verkehrsunternehmen des ÖPNV, die

- a. im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs im Sinne des § 2 Absatz 5 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) SPNV betreiben, oder nachweisen können, dass sie entsprechende SPNV Betriebsleistungen erbringen werden

und/oder

- b. im Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifes eigen- oder gemeinwirtschaftlich öffentlichen straßengebundenen Personennahverkehr (ÖSPV) mit Straßenbahnen und/oder Kraftfahrzeugen im Linienverkehr nach §§ 42, 43 Nr. 2 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) mit eigener Konzession betreiben oder nachweisen können, dass sie entsprechende ÖSPV Betriebsleistungen erbringen werden

einen Anspruch auf Aufnahme in den TEV. Entsprechende Nachweise sind diesem Antrag seitens des beantragenden Verkehrsunternehmens beigelegt.

Mit diesem Nachtrag zum TEV erklärt das Verkehrsunternehmen [Name] (nachfolgend Verkehrsunternehmen) gemäß § 13 Abs. 1 TEV den Beitritt zum TEV in der Fassung vom 06.11.2017.

Angesichts eines zu erwartenden Umsatzes unterhalb des aktuellen Schwellenwertes gemäß Anlage A2 TEV (12.000 Euro p.a.), beantragt das Verkehrsunternehmen, eine Aufnahme als sogenanntes kleines Verkehrsunternehmen gemäß § 6 Abs. 8 TEV:

☐ Ja ☐ Nein

Zudem erklärt das Verkehrsunternehmen, auf den Beitritt als Gesellschafter der Baden-Württemberg-Tarif GmbH zu verzichten und gemäß § 13 Abs. 3 TEV gemeinsam mit den übrigen Verkehrsunternehmen der Gruppe SPNV bzw. ÖSPV einvernehmlich eine Vertreterin bzw. einen Vertreter nebst Stellvertretung für die Amtszeit des Baden-Württemberg-Tarif-Ausschusses zu benennen.:

☐ Ja ☐ Nein

.....
Beantragendes Verkehrsunternehmen

....., den
Ort Datum Rechtsverbindliche Unterschrift(en)

Die übrigen Verkehrsunternehmen haben der Aufnahme zugestimmt, der TEV tritt für das Verkehrsunternehmen dementsprechend mit dem u.g. Zeichnungsdatum in Kraft.

Baden-Württemberg-Tarif GmbH, handelnd als Beauftragte der TEV-Verkehrsunternehmen

....., den
Ort Datum Rechtsverbindliche Unterschrift(en)